



Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität | Postfach 31 60 | 55021 Mainz

Vorsitzenden des Ausschusses für
Klima, Energie und Mobilität
Herrn Gerd Schreiner, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/8272
VORLAGE

DIE MINISTERIN

Kaiser-Friedrich-Straße 1
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Poststelle@mkuem.rlp.de
<http://www.mkuem.rlp.de>

2. Dezember 2025

Mein Aktenzeichen
0102-0004#2024/0030-1401
MB.0007

Ihr Schreiben vom

Ansprechpartner/-in / E-Mail
MB2-Landtag@mkuem.rlp.de

Telefon / Fax
06131 16-5930

Sitzung des Ausschusses für Klima, Energie und Mobilität vom 2. Oktober 2025

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

in der oben genannten Sitzung wurde zu

TOP 4) Sachstandsbericht Elektromobilität in Rheinland-Pfalz,

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT der Fraktion der CDU,

Vorlage 18/7935

zugewagt, den Sprechvermerk zur Verfügung zu stellen. Diese Zusage ist als Anlage beigefügt.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung

gez.



Michael Hauer

(Staatssekretär)

Dieses Dokument wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.

1/4

Zufahrt & Parkmöglichkeiten

-  Zufahrt über Kaiser-Friedrich-Str. oder Bauhofstraße
-  Parkplatz am Schlossplatz (Einfahrt Ernst-Ludwig-Straße), Tiefgarage am Rheinufer (Einfahrt Peter-Altmeier-Allee)



Sprechvermerk zu TOP 4) Sachstandsbericht Elektromobilität in Rheinland-Pfalz, Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT der Fraktion der CDU, Vorlage 18/7935, Sitzung des AKEM vom 2. Oktober 2025

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

gerne berichte ich zu den Punkten 3, 4 und 5 des Antrages, welche das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität (MKUEM) betreffen. Dem werden sich die Kollegen aus dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau anschließen, die sich für die restlichen Punkte verantwortlich zeichnen.

Zum Stichtag 31. Dezember 2024 waren im öffentlichen Personennahverkehr in Rheinland-Pfalz 154 saubere Fahrzeuge nach der Definition des Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungsgesetzes im Einsatz. Hiervon fielen 100 Fahrzeuge unter die Rubrik „emissionsfrei“. Es handelt sich bei emissionsfreien Fahrzeugen um Busse mit batterie-elektrischem Antrieb oder Brennstoffzellenantrieb.

Im Kommunalen Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation (KIPKI) bestand im Rahmen des Zuweisungsverfahrens für die Kommunen die Möglichkeit, auch Projekte im Bereich Elektromobilität zu beantragen.

So sind in der Positivliste unter Punkt e „Investitionen in die klimafreundliche Mobilität“ folgende Maßnahmen aufgeführt:

Maßnahmen zum Ausbau von Elektro- und Wasserstoff-Fuhrparken von kommunalen Gebietskörperschaften und kommunalen Verkehrsbetrieben, Maßnahmen zum Aufbau und zur Verbesserung einer Ladeinfrastruktur mit PV-Nutzung bei kommunalen Dienstgebäuden (idealerweise Förderung für bidirektionales Laden (V2G)).

Entsprechende Maßnahmen wurden insgesamt 69-mal beantragt und dabei 11,9 Millionen Euro KIPKI-Mittel, zuzüglich 1,1 Millionen Euro Eigenmittel der Kommunen bewilligt.

Weiterhin wurden Ladesäulen insbesondere im ländlichen Raum, idealerweise zur Förderung für bidirektionales Laden (V2G)) und Smart City Lösungen wie z.B. SmartPoles beantragt. Hier gab es 8 Anträge, das entspricht rund 400.000 Euro KIPKI-Fördermittel, plus 120.000 Euro Eigenmittel der Kommunen).



Unter Punkt f „Investitionen in multimodale und Sharing-Mobilität“ finden sich weitere Maßnahmen, wie: Bessere Umsteigeparkplätze mit Ladeinfrastruktur oder Fahrradboxen für Pedelecs sowie Fahrradstationen an Bahnhöfen, Busbahnhöfen oder im Umfeld von Bushaltestellen. Hier gab es 2 Anträge, was rund 500.000 Euro KIPKI-Fördermittel entspricht.

Weiterhin wurden Investitionen z. B. in Fahrzeuge, Abstellrichtungen, PV-Anlagen als örtliche Stromquelle sowie die erforderlichen Steuerungssysteme getätigt und Sharing-Einrichtungen für Fahrräder, Lastenräder, E-Pkw und sonstige Verkehrsmittel gefördert. Hier gab es 7 Anträge, wobei 169.000 Euro KIPKI-Mittel sowie 115.000 Euro Eigenmittel der Kommunen bewilligt wurden.

Sie sehen also, dass im gesamten Land ein sehr großes Interesse am Ausbau der Elektromobilität in ihren verschiedenen Facetten herrscht.

Anrede,

ich komme nun zu Punkt 5

Aktuell fahren etwa 65 Prozent aller Dienstwagen der Landesregierung bereits elektrisch oder mit hybridem Antrieb.

Um eine Entscheidung zu treffen, welches Fahrzeug mit welcher Antriebsform beschafft wird, wägen die Ressorts und die Staatskanzlei in eigener Zuständigkeit ab:

- Wofür benötige ich den Wagen?
- Wie oft fahre ich damit?
- Nutzen auch andere Personen das Fahrzeug?
- Welche Strecken lege ich im Durchschnitt damit zurück?
- Welches Angebot ist wirtschaftlich?

Bei der Entscheidung für vollelektrische PKW spielt die Reichweite im Zusammenspiel mit dem individuellen Nutzungsprofil in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz nach wie vor eine Rolle.

Als Landesregierung ist es uns wichtig, klimafreundlich mobil zu sein. Daher stellen wir unseren Fuhrpark vor dem Hintergrund der Klimaneutralen Landesverwaltung bis 2030 Schritt für Schritt weiter um.



Der technische Fortschritt ist rasant. Die Reichweiten werden größer, das Laden geht schneller und die Anzahl der öffentlichen Ladesäulen nimmt zu. Es wird daher immer attraktiver, rein elektrisch zu fahren.

Ein Beispiel aus meinem Ressort: Alle 7 Fahrzeuge des MKUEM am Standort Mainz fahren bereits ausschließlich elektrisch.